



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 9. Oktober 2013
(OR. en)**

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0455 (COD)**

**14349/13
ADD 1 REV 1**

**CODEC 2186
STAT 29
FIN 592**

I/A-PUNKT-VERMERK

| | |
|------------|---|
| Absender: | Generalsekretariat des Rates |
| Empfänger: | Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat |
| Betr.: | Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Statuts der Beamten der Europäischen Union und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (erste Lesung) - Annahme des Gesetzgebungsakts (GA + E) = Erklärung |

Erklärung des Vereinigten Königreichs, der Niederlande, der Tschechischen Republik, Österreichs und Dänemarks

Die heutige Abstimmung des Rates über das Beamtenstatut ist eine gute Gelegenheit, um über die Verhandlungen und die nächsten Schritte nachzudenken. Den Delegationen, die gegen den Kompromiss des Vorsitzes gestimmt haben, ist es ein Anliegen darzulegen, warum sie dies getan haben, und welches ihre Hoffnungen mit Blick auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes der EU sind. Die Reform des Beamtenstatuts war eine Chance, den öffentlichen Dienst der EU zu modernisieren, die Verwaltungsausgaben im Zaum zu halten und sicherzustellen, dass die Organe der EU ihren Verpflichtungen in Bezug auf Pensionen und Dienstbezüge auch künftig gerecht werden können. Diese Chance bietet sich nur alle paar Jahre. Nach beinahe zwei Jahren intensiver

Arbeit aller Beteiligten und trotz eines breiten Einvernehmens über diese Ziele sind unsere Delegationen leider zu der Auffassung gelangt, dass der Kompromiss nicht den umfassenden Reformen entspricht, die viele Mitgliedstaaten in ihren nationalen öffentlichen Diensten bereits jetzt durchführen. Alle unsere öffentlichen Dienste unterliegen derzeit einem Wandel, aber der öffentliche Dienst der EU wird auf eigene Gefahr zurückgelassen. Ein moderner, effizienter und dynamischer öffentlicher Dienst ist unverzichtbar, damit die EU in wichtigen Fragen, die unsere Bürgerinnen und Bürger angehen, Erfolge erzielen kann. Wir sollten nicht unterschätzen, in welchem Maße die Unterstützung der EU durch die Öffentlichkeit mit ihrer Wahrnehmung des öffentlichen Dienstes der EU zusammenhängt. In den nächsten Jahren werden wir weiter konstruktiv arbeiten, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU den öffentlichen Dienst der EU haben, den sie erwarten dürfen, einen Dienst, der unsere EU des 21. Jahrhunderts widerspiegelt und den sich die EU auch weiterhin leisten kann.
